

KV-Nr.: 2254

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus 10 Blatt und ist vollständig durchnummeriert.

Der Aufgabentext ist zu Beginn auf Vollständigkeit zu überprüfen.

1

Motorräder Zielke

Der Polizeipräsident
Düsseldorf
Eing.:

19. April 1999

An den
Polizeipräsidenten Düsseldorf
Jürgensplatz 5
40219 Düsseldorf

Kleinstr. 44
40597 Düsseldorf
Tel.: 0211/ 56664
Fax: 0211/ 5667
Datum: 16.04.1999

Strafanzeige**gegen Frau Dr. Carola Wiedenbrück**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir müssen Sie hiermit von einem Vorgang in Kenntnis setzen, der schon aus dem Sommer 1998 resultiert. Unser Mitarbeiter, Herr Karl-Heinz Schorn, Gänsestr. 6, 40593 Düsseldorf war wegen eines schweren Herzdefektes von seiner Hausärztin, Frau Dr. Carola Wiedenbrück, seit drei Monaten (vom 25.3.1998 bis zum 30.06.1998) ununterbrochen krankgeschrieben. Um einen schon gebuchten Griechenlandurlaub (im Hochsommer !) antreten zu können, ließ er sich von seiner Hausärztin für den Zeitraum der Reise vom 01.07.1998 bis zum 30.07.1998 gesund schreiben, da die Ärztin die Reise während der Krankschreibung nicht befürworten konnte. Vor Reiseantritt wurde noch am 24.06.1998 eine Untersuchung in der Düsseldorfer Universitätsklinik wegen Verdachts eines Vorderwandinfarkts durchgeführt. Die positive Diagnose wurde noch vor Reiseantritt der Ärztin übermittelt. Trotzdem ließ Frau Dr. Wiedenbrück ihren Patienten am 01.07.1998 in den Urlaub fliegen. Unmittelbar nach Urlaubsrückkehr wurde unser Mitarbeiter wieder krankgeschrieben.

Er ist heute Frührentner und steht als Arbeitskraft nicht zur Verfügung. Dies dürfte auch eine Folge der unrichtigen Gesundheitschreibung sein. Zudem musste unser Betrieb während des Urlaubs aufgrund der bescheinigten Arbeitsfähigkeit den Lohn zahlen, während ansonsten die Krankenkasse Krankengeld gezahlt hätte. Diesen Vorgang kann unser Personal-sachbearbeiter Herr Andreas Schmitz bezeugen.

Wir haben den Vorfall der kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein vorgetragen und um Einleitung entsprechender Maßnahmen gebeten. Außer Hinhalteparolen kam von dieser Stelle leider keine Reaktion. Gleichfalls haben wir uns an die zuständige Krankenkasse, die AOK gewandt. Deren Nachricht an uns vom 02.02.1999 fügen wir in Kopie bei.

Wir sind der Auffassung, dass hier eine Straftat zugrunde liegt und bitten um Prüfung des Sachverhaltes und ggfls. um Einleitung eines Strafverfahrens.

Mit freundlichen Grüßen


Manfred Zielke

AOK Landesverband Rheinland
Die Gesundheitskasse

AOK Kasernenstr. 61 40213 Düsseldorf

Firma

Motorräder Zielke

Kleinstr. 44

Kasernenstr. 61

40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 – 8791 - 0

Datum: 02.02.1999

40597 Düsseldorf

KOPIE

Ihr Schreiben vom 13.01.1999

Ihr Mitarbeiter Karl-Heinz Schorn

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben seinerzeit Herrn Schorn mitgeteilt, dass eine vierwöchige Urlaubsreise nach Griechenland während des Krankengeldbezuges in seinem Fall nicht von uns genehmigt würde. Der Krankengeldanspruch ruht bei diesem Sachverhalt für die Dauer der Reise nach § 16 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 4 SGB V.

Herr Schorn teilte uns mit, dass er sich aus finanziellen Gründen eine unbezahlte Beurlaubung nicht erlauben könne. Daraufhin wurde uns ein Krankengeldauszahlungsschein vorgelegt, wonach die Arbeitsunfähigkeit mit dem 30.06.1998 beendet sei (Kopie dieses Auszahlungsscheines anbei).


Ab dem 01.07.1998 wurde diesseits daher zunächst eine weitere Zahlung eingestellt, da ja Ihrerseits nun Entgelt gezahlt wurde.

Nach Ablauf des Urlaubs wurde Herr Schorn erneut wegen der gleichen Erkrankung ab dem 30.07.1998 für arbeitsunfähig befunden.

Wir haben aufgrund des Sachverhaltes am 18.08.1998 eine Untersuchung beim medizinischen Dienst der Krankenversicherung Nordrhein veranlasst. Dieser hat die Krankschreibung bestätigt.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben.

Mir freundlichen Grüßen


Petra Geiger

AOK Landesverband Rheinland

Ärztliche Bescheinigung für die Zahlung von Kranken-, Übergangs-, Verletzten- sowie Versorgungskrankengeld für

3

Name des Mitglieds:
Kunden-Nummer:
Arbeitsunfähig ab:

Karl-Heinz Schorn
650988654
25.03.1998

KOPIE

weiter arbeitsunfähig		zuletzt vor-gestellt	Krankenhaus-behandlung		Arbeitsunfall		wiederbestellt zum	Datum	Unterschrift und Stempel des Arztes bzw. Krankenhausarztes
ja	nein	am	vom	bis	ja	nein			

Diagnose:

EDV

26. Juni 1998

70000

Bitte nur bei Änderung, jedoch immer bei Beendigung der Arbeitsunfähigkeit ausfüllen.

Bescheinigung des Arztes bzw. Krankenhausarztes bei Ende der Arbeitsunfähigkeit	Erklärung des Versicherten bei Ende der Arbeitsunfähigkeit
<p>Beginn der Arbeitsunfähigkeit: <u>25.5.98</u> <u>30.6.98</u></p> <p>Letzter Tag der Arbeitsunfähigkeit: <u>viel früher</u></p> <p>Diagnosen: <u>0211/22776</u> ab <u>Dr. Carola Wiedenbrück</u> <u>Praktische Ärztin</u> <u>Degerstr. 5</u> <u>40235 Düsseldorf</u></p> <p><u>26.6.98</u> Datum</p> <p><u>[Signature]</u> Stempel/Unterschrift</p>	<p>Ich habe während meiner Arbeitsunfähigkeit weder eine Beschäftigung/ selbständige Tätigkeit ausgeübt, noch Arbeitsentgelt, Leistungen des Arbeitsamtes oder sonstige Bezüge erhalten.</p> <p>Siehe Eingabeprotokoll - Auszahlungsschein - vom <u>2.6. Juni 1998</u>.... Hdz. <u>[Signature]</u></p> <p><u>26.6.98</u> Datum/Unterschrift</p>

4

Zeugenvernehmung

Der/die nachgenannte Zeuge(n) erschien

☒ auf Grund einer Vorladung☐ aus eigener Veranlassung.Zutreffendes ☒ oder ausfüllen

Name, Vorname, bei Frauen Geburtsname	Schorn, Karl-Heinz
Staatsangehörigkeit / geb. am, in, Kreis	deutsch 11.11.38 in Düsseldorf
Beruf / Wohnort, Straße, Hausnummer	Rentner Gänsestr. 6 40593 Düsseldorf

Mit dem Gegenstand der Vernehmung bekannt gemacht, erklärt, der/die Zeuge(n) folgendes:

Ich bin mit dem Beschuldigten weder verwandt noch verschwägert. Ich wurde darauf hingewiesen, daß ich die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, durch deren Beantwortung ich mich oder einen Angehörigen der Gefahr aussetzen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.

Zur Sache

Ich soll hier zu einem angeblichen Deal zwischen meiner Ärztin, Frau Dr. Wiedenbrück, und mir hinsichtlich des Urlaubs im Jahre 1998 vernommen werden.

Zunächst möchte ich betonen, dass es einen solchen Deal nie gegeben hat. Ich bin erstmals am 25.03.1998 krank geschrieben worden. Der Grund hierfür waren eine chronische Bronchitis, Hypertonie und Wirbelsäulenprobleme. Ich musste wöchentlich zu Frau Dr. Wiedenbrück, die die Krankschreibungen entsprechend verlängerte.

Die Beschwerden wurden im Laufe der Zeit geringer. Es sollte aber noch eine Herzuntersuchung in der Universitätsklinik Düsseldorf durchgeführt werden. Diese Untersuchung wurde am 25.06.1998 durchgeführt. Ein Ergebnis wurde mir nicht mitgeteilt. Es wurde mir gesagt, dass es etwa drei Wochen dauern würde, bis der Bericht bei der Hausärztin vorläge.

Am 30.06.1998 wurde ich dann wieder gesund geschrieben. Dies geschah aber nicht, weil ich in Urlaub fahren wollte, sondern weil die Behandlungen zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen waren.

Nach meinem Urlaub war ich dann wieder bei Frau Dr. Wiedenbrück. Dort war der Bericht aus der Universitätsklinik eingetroffen, der besagte, dass ich früher einen Myokardinfarkt erlitten hatte. Aufgrund dessen wurde ich von meiner Hausärztin wieder krank geschrieben.

Kurz danach musste ich zum medizinischen Dienst nach Düsseldorf, der diese Krankschreibung bestätigte.

Es wurde dann ein Antrag auf Erwerbsunfähigkeit gestellt, der mittlerweile auch positiv beschieden wurde.

Mehr kann ich zu der Sache nicht sagen.

geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und
unterschrieben:

Sievering
Sievering, KK'in

Schorn
Schorn

Zeugenvernehmung

Der/die nachgenannte Zeuge(r) erschien

☒ auf Grund einer Vorladung☐ aus eigener Veranlassung.Zutreffendes ☒ oder ausfüllen

Name, Vorname, bei Frauen Geburtsname	Schmitz, Andreas
Staatsangehörigkeit / geb. am, in, Kreis	deutsch 21.04.1965
Beruf / Wohnort, Straße, Hausnummer	Industriekaufmann 40221 Düsseldorf Auf den Steinen 3

Mit dem Gegenstand der Vernehmung bekannt gemacht, erklärt ~~Der/die~~ Zeuge(r) folgendes:

Ich bin mit dem Beschuldigten weder verwandt noch verschwägert. Ich wurde darauf hingewiesen, daß ich die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, durch deren Beantwortung ich mich oder einen Angehörigen der Gefahr aussetzen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.

Zur Sache

Ich bin als Personalsachbearbeiter bei der Firma Zielke beschäftigt. Ich soll hier zu einem „Deal“ zwischen einem ehemaligen Mitarbeiter, Herrn Schorn, und Frau Dr. Wiedenbrück hinsichtlich eines Urlaubs im Jahre 1998 aussagen. Hierzu kann ich folgende Angaben machen:

Herr Schorn hat bei mir etwa im Februar 1998 seinen Urlaub für Juli 1998 beantragt. Ich habe zu diesem Zeitpunkt bereits darauf hingewiesen, dass der Urlaub von mir nicht genehmigt werden kann. Hierzu müsste die Geschäftsleitung eingeschaltet werden.

Etwa im März war Herr Schorn dann längerfristig erkrankt. Ich weiß nur etwas von einer Herzgeschichte.

Etwa im Juni 1998 rief mich Herr Schorn an und teilte mir mit, dass er im Juli seinen Urlaub antreten wolle und auch sein Urlaubsgeld beanspruche. Auf meine Nachfrage, dass er doch krank sei, teilte er mir mit, dass er für diese Zeit gesund geschrieben werden würde. Nach dem Urlaub sei er dann wieder krank. Ich hatte den Eindruck, dass Frau Dr. Wiedenbrück Herrn Schorn nur für den Zeitraum des Urlaubs gesund schreiben würde.

Den Sachverhalt habe ich dann unverzüglich der Geschäftsleitung gemeldet. Herrn Schorn wurde mitgeteilt, dass er nicht in Urlaub gehen könne. Wenn er wieder gesundgeschrieben sei, hätte er zur Arbeit zu erscheinen.

Herr Schorn ist nicht zur Arbeit erschienen. Ihm wurde fristlos gekündigt.

Mehr kann ich zur Sache nicht sagen

geschlossen:

L... gelesen, genehmigt und
unterschrieben:Sievering
Sievering, KK' in

Schmitz

6

Der Polizeipräsident Düsseldorf

Düsseldorf, den 10. Juni 1999

Tgb.-Nr. 333/99

Vermerk:

Betr.: Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht

Am 18. Mai 1999 wurde erneut fernmündlich mit dem Zeugen Herrn Karl-Heinz Schorn Rücksprache gehalten.

Er wurde befragt, ob er die behandelnde Ärztin Frau Dr. Wiedenbrück bezüglich des in Rede stehenden Vorfalls von der ärztlichen Schweigepflicht entbinde. Er gab an, sich diesbezüglich zunächst beraten lassen zu wollen und seinen Entschluss anschließend nach hier mitzuteilen.

Er meldete sich bis zum heutigen Tage nicht.

Es ist daher davon auszugehen, dass der Zeuge die behandelnde Ärztin nicht von der Schweigepflicht entbindet.

Sievering
Sievering, KK' in

Der Polizeipräsident Düsseldorf

Tgb.-Nr. 333/99

Ort / Datum / Uhrzeit

Düsseldorf 16. Juni 1999 18.00 Uhr

PEY	Personengebundene Hinweise (z.B. Ausbrecher, gewalttätig)
FIN	Familienname / Ehefrau und Namensbestandteile Wiedenbrück
PSN	Sonstige Namen
GU	Geburtsdatum (TTMMJJJJ) 09.09.1946
PLA	Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input checked="" type="checkbox"/> w
AI	Akademische Grade Dr. med.
LA	Wohnort (ggf. Aufenthaltsort) 40489 Düsseldorf Kirchweg 33

☒ Beschuldigtenvernehmung
Personalbogen

☐ Bericht

☒ Erwachsener
☐ Heranwachsender
☐ Jugendlicher
☐ Ausländer

☐ Ausländerbehörde
☐ Jugendamt

PGE	Geburtsname Wiedenbrück
EVN	Vorname(n) Carola
PGO	Geburtsort (Kreis / Land) Köln (NW)
NA	Staatsangehörigkeit deutsch
SP	Spitzname
VL	Familienstand ledig
AI	Beruf Praktische Ärztin
Ehem (auch Geburtsname) / Vormund	

BPA / Pass / Führerschein

Ausstellungsdatum

Behörde

*) Arbeitgeber (bei Angehörigen des öffentlichen Dienstes auch Anschrift der Dienststelle)

Selbständig

Einkommensverhältnisse a) z.Z. der Tat b) gegenwärtig

Erwerbslos seit

Ehrenämter

Vor- u. Familienname des Ehegatten (auch Geburtsname) / Wohnung des Ehegatten bei versch. Wohnung / Beruf

Kinder (Anzahl und Alter)

Pflege / Bewährungshelfer (Vor- und Zuname, Beruf, Wohnung)

Schule (bei Studierenden auch Anschrift der Hochschule)

Familienverhältnisse (Anzahl der Geschwister - Alter - Eltern geschieden)

Noch zur Person (u. s. Vorstrafen nach eigenen Angaben; nicht einberufener Wehrpflichtiger oder Zivildienstpflichtiger; Angehöriger der Streitkräfte, Dienstgrad, Zivildienstpflichtiger, Dienststelle mit Anschrift;
Ausländer: Aufenthaltserlaubnis/Ausstellungsbehörde; Festnahme/Verbleib; zuständige StA/AZ)

(Unterschrift bei Personalbogen)

*) Polizeiinterner Hinweis / kein Bestandteil der Vernehmung

*) Bei Beschuldigtenvernehmung hier Belehrung (Vordruck NW Pol 11 a) vornehmen

NW Pol 11
VI/1983

8
Zu Beginn meiner Vernehmung zur Sache ist mir eröffnet worden, welche Tat mir zur Last gelegt wird.

Ich bin darauf hingewiesen worden, daß es mir nach dem Gesetz freisteht, mich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor meiner Vernehmung, einen von mir zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Ich bin ferner darüber belehrt worden, daß ich zu meiner Entlastung einzelne Beweiserhebungen beantragen kann.

Ich habe mich wie folgt entschieden:

Ich möchte Angaben machen.


(Unterschrift)

Herr Schorn wurde von mir am 26.06.1998 wieder als arbeitsfähig eingestuft. Dies wurde von mir schriftlich auf einer ärztlichen Bescheinigung für die Zahlung von Krankengeld festgehalten.

Ab dem 30.07.1998 war Herr Schorn aber wieder arbeitsunfähig. Auch dies habe ich entsprechend bescheinigt. Die Feststellungen bezüglich der Arbeitsfähig- bzw. unfähigkeit erfolgten stets nach bestem ärztlichen Wissen und Gewissen.

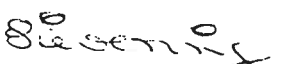
Auf Frage nach dem Eingang des Gutachtens der Universitätsklinik Düsseldorf über die Koronarerkrankung des Herrn Schorn:


Ich meine, ich hätte den Bericht erst nach dem Urlaubsantritt des Herrn Schorn erhalten. Hierzu kann ich jedoch ohne meine Unterlagen keine genauen Angaben machen. Ich kann jedoch sagen, dass diese Erkrankung sowieso nicht ausschlaggebend für die Arbeitsunfähigkeit des Herrn Schorn war.

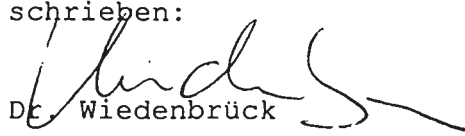
Auf Frage nach der Herausgabe von Krankenakten des Herrn Schorn:

Solche Unterlagen werde ich nur bei Vorliegen einer ausdrücklichen schriftlichen Entbindung von der Schweigepflicht meines Patienten Herrn Schorn herausgeben. Eine solche liegt mir nicht vor.

geschlossen:


Sievering, KK in

 gelesen, genehmigt und unterschrieben:


Dr. Wiedenbrück

Der Polizeipräsident Düsseldorf

17.06.1999

Tgb.-Nr. 333/99

U.m.A

**der Staatsanwaltschaft
in Düsseldorf**

Staatsanwaltschaft
Düsseldorf
Eingl. 18. Juni 1999

de

übersandt.

Im Auftrag

~~Sievering~~
Sievering, 'KK' in

Vermerk für die Bearbeitung

10

Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ist vorzuschlagen.

Sollten weitere Ermittlungen für erforderlich gehalten werden, so ist davon auszugehen, daß diese durchgeführt worden sind und keine neuen Gesichtspunkte ergeben haben.

Im Falle einer Anklage braucht der Anklagesatz nicht formuliert zu werden. Es genügt die Angabe, vor welchem Gericht wegen welcher Straftaten Anklage erhoben werden soll. Entsprechendes gilt bei einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls; ein Vorschlag zum Strafmaß ist dabei entbehrlich.

Im Falle einer Einstellung genügt der zusammenfassende Vorschlag, warum und aufgrund welcher Vorschriften das Verfahren eingestellt werden soll.

Ordnungswidrigkeiten sind nicht zu prüfen.

Der Auszug aus dem Bundeszentralregister vom 11.06.1999 der Beschuldigten Dr. Wiedenbrück enthält keine Eintragungen.

Prüfervermerk zur Vortragsakte

KV 2254

Dem Vortrag liegt die Strafsache 310 Js 823/98, Staatsanwaltschaft Wuppertal, zugrunde. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist keine Musterlösung. Er soll lediglich die Probleme aufzeigen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Akte als Kurzvortrag auszugeben.

Zu untersuchen ist, ob die Beschuldigte in diesem Verfahren, Frau Dr. Wiedenbrück, der Begehung von Straftaten hinreichend verdächtig ist. Das Verfahren richtet sich nicht gegen den als Zeugen vernommenen Herrn Schorn.

1. Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse, § 278 StGB

Die Beschuldigte könnte sich des Ausstellens unrichtiger Gesundheitszeugnisse gem. § 278 StGB hinreichend verdächtig gemacht haben.

Bei der ärztlichen Bescheinigung für die Zahlung von Krankengeld und der darin enthaltenen Bescheinigung über das Ende der Arbeitsunfähigkeit dürfte es sich um ein Zeugnis über den Gesundheitszustand eines Menschen handeln (vgl. Tröndle/Fischer, § 277 Rn. 3). Diese Bescheinigung diente auch zum Gebrauch bei einer Versicherungsgesellschaft, hier der AOK Rheinland (nach BGHSt 6, 90 sind die Ortskrankenkassen als Versicherungsgesellschaften einzustufen).

Fraglich dürfte aber sein, ob das Zeugnis unrichtig ist, ob es die Arbeitsfähigkeit des Herrn Schorn bezeugt, obwohl dieser arbeitsunfähig war. Allein die zeitliche Abfolge - Arbeitsunfähigkeit unmittelbar vor und nach dem Urlaub - indiziert nicht die Unrichtigkeit der Bescheinigung. Nach den Äußerungen des Zeugen Schorn, erfolgte die „Gesundschreibung“, weil die Behandlungen zu diesem Zeitpunkt beendet waren. Auch die Beschuldigte gab an, dass die Bescheinigung der Arbeitsfähigkeit nach bestem ärztlichen Wissen und Gewissen erfolgt sei. Es dürfte daher nicht nachzuweisen sein, dass die Bescheinigung der Arbeitsfähigkeit zu Unrecht erfolgte, auch wenn der Zeuge Schmitz bekundete, er habe den Eindruck gehabt, dass die Beschuldigte den Mitarbeiter Schorn nur für den Zeitraum des Urlaubs gesund schreibe. Nicht aufgeklärt und nach dem Bearbeitervermerk auch nicht weiter aufklärbar ist, ob das Gutachten der Universitätsklinik Düsseldorf und mit welchem Ergebnis für die Arbeitsfähigkeit es der Beschuldigten bei der Ausstellung des Zeugnisses bereits vorlag. Nach nicht widerlegten Angaben der Beschuldigten war die darin angegebene Erkrankung des Herrn Schorn für die Arbeitsunfähigkeit jedenfalls nicht ausschlaggebend. Zumindest dürfte der Beschuldigten daher nicht nachgewiesen werden können, dass sie ein etwa unrichtiges Zeugnis wider besseres Wissen ausgestellt hat.

2. Fahrlässige Körperverletzung, § 229 StGB

Hinreichender Tatverdacht wegen fahrlässiger Körperverletzung zum Nachteil des Patienten Schorn dürfte nicht vorliegen. Zwar wurde Herr Schorn vor dem Urlaub arbeitsfähig und unmittelbar nach dem Urlaub wieder arbeitsunfähig geschrieben. Jedoch kann die Attestierung der Arbeitsfähigkeit für die erneute Arbeitsunfähigkeit und damit den erneut krankhaften Zustand keinesfalls als ursächlich angesehen werden. Schließlich fällt schon der Reiseantritt nicht in den Verantwortungsbereich der Beschuldigten als Ärztin.

3. Beihilfe zum Betrug z. Nachteil des Arbeitgebers Zielke, §§ 263, 27 I StGB

Es dürfte kein hinreichender Tatverdacht wegen einer Beihilfe zum Betrug zum Nachteil des Arbeitgebers Zielke vorliegen. Als vorsätzlich begangene rechtswidrige Haupttat käme allenfalls Betrug z. N. der Firma Zielke durch den Zeugen Schorn in Betracht. Eine Täuschung läge vor, wenn der Zeuge Schorn seinem Arbeitgeber eine Arbeitsfähigkeitsbescheinigung zum Zwecke der Lohnfortzahlung während seines Urlaubs vorgelegt hätte, obwohl er nicht arbeitsfähig gewesen ist. Dann hätte er über die Tatsache seiner Arbeitsfähigkeit getäuscht. Nach dem bereits oben Gesagten dürfte es sich aber nicht nachweisen lassen, dass der Zeuge Schorn tatsächlich arbeitsunfähig war und damit eine Täuschung vorliegt. Es dürfte bereits an der rechtswidrigen Haupttat fehlen.

Das Verfahren dürfte gem. § 170 II S. 1 StPO einzustellen sein. Die Beschuldigte dürfte hiervon nach § 170 II S. 2 StPO in Kenntnis zu setzen sein. Die Firma Zielke dürfte gem. § 171 StPO unter Angabe von Gründen zu bescheiden sein. Sie dürfte über die Möglichkeit der Beschwerde gem. § 172 I StPO und die einzuhaltende Frist belehrt werden müssen. Ihre Verletzteneigenschaft ergibt sich aus einer möglichen Betroffenheit im eigenen Vermögen (§ 263 StGB).

Textkontrolle: StGB, StPO